



**Maik Beermann  
Silvia Breher  
Heike Brehmer  
Gitta Connemann  
Manfred Grund  
Michael Frieser**

**Carsten Linneman  
Daniela Ludwig  
Stefan Müller  
Georg Nüsslein  
Eckhardt Rehberg  
Arnold Vaatz**

Mitglieder des Deutschen Bundestages

**Berlin, 11. Mai 2020**

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

### **Erhöhung der Rundfunkgebühren**

Sehr geehrte Damen und Herren Ministerpräsidenten,

im März haben Sie sich auf den Ersten Medienänderungsstaatsvertrag geeinigt.

Dieser sieht im Kern eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags von derzeit 17,50 Euro um 86 Cent auf dann 18,36 Euro für die Beitragsperiode 2021 bis 2024 vor.

Zum Zeitpunkt Ihrer Entscheidung konnte Deutschland auf zehn Jahre Wirtschaftswachstum zurückblicken. Es gab im vereinten Deutschland noch nie so wenig Arbeitslose und Insolvenzen.

Doch in den letzten zwei Monaten hat sich die Lage der Wirtschaft dramatisch verschlechtert. Über zehn Millionen Beschäftigte sind in Kurzarbeit, die Wirtschaftsleistung wird in diesem Jahr über sechs Prozent einbrechen, die Arbeitslosigkeit steigt erstmals seit Jahren wieder an.

In diese Zeit passt eine Erhöhung der Rundfunkgebühren in keiner Weise.

Während in Betrieben und Privathaushalten durch die Corona-Pandemie gespart werden muss, darf der Rundfunkbeitrag nicht erhöht werden. Auch die Rundfunkanstalten müssen ihre Sparanstrengungen verstärken und sich damit solidarisch mit ihren Gebührenzahlern zeigen.



Daher fordern wir Sie auf, Ihre Zustimmung zum Ersten Medien-  
änderungsstaatsvertrag zurückzunehmen und auf eine Verschie-  
bung der Erhöhung des Rundfunkbeitrags zu drängen.

Eine Erhöhung zum 01.01.2021 ist zum aktuellen Zeitpunkt den  
Bürgern nicht zu erklären.

Mit freundlichen Grüßen

  
Maik Beermann

  
Silvia Breher

  
Heike Brehmer

  
Gitta Connemann


  
Manfred Grund

  
Carsten Linnemann




Daniela Ludwig

  
Stefan Müller

  
Georg Nüsslein

  
Eckhardt Rehberg

  
Arnold Vaatz

  
MICHAEL FRIEDER